

## DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

### FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 36. JG. Heft 1 | 2023

Dieter Rink, Alexander Leistner, Sabine Kühn, Joshua Strang\*

#### „Heißer Herbst“ 2022

##### Rechte Mobilisierung als Krisenprotest

#### 1. Einleitung

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die politische Agenda in Deutschland, aber auch das Protestgeschehen auf den Straßen verändert. Anfänglich lag der Fokus auf friedensbezogenen Protestmobilisierungen und den dabei sichtbar werdenden Spannungen innerhalb der Friedensbewegung (vgl. Leistner 2022). So zeigte sich eine sehr hohe Mobilisierung: Am ersten Wochenende nach Kriegsbeginn gingen in Europa und weltweit hunderttausende Menschen auf die Straße, um den Rückzug Russlands und ein Ende des Krieges zu fordern sowie ihre Solidarität mit der Ukraine auszudrücken (Höltmann et. al. 2022, S. 1). Allein in Berlin protestierten am Sonntag nach Kriegsbeginn, dem 27. Februar laut Angaben der Veranstalter:innen knapp eine halbe Million Menschen, einen Tag später waren es zum Rosenmontag in Köln etwa 250.000.

Auch in den folgenden Wochen beteiligten sich noch mehrere Tausend Menschen an Demonstrationen (ebd.). Im Verlauf fanden sich auf den Demonstrationen sehr unterschiedliche Forderungen, die auf einem sehr breiten Spektrum – von pazifistisch bis hin zu militärisch –

---

\*Dieter Rink: [dieter.rink@ufz.de](mailto:dieter.rink@ufz.de), Alexander Leistner: [a.leistner@uni-leipzig.de](mailto:a.leistner@uni-leipzig.de), Sabine Kühn: [kuehn.sabine@outlook.com](mailto:kuehn.sabine@outlook.com), Joshua Strang: [joshua.strang@posteo.de](mailto:joshua.strang@posteo.de)

rangierten und es tat sich ein Konflikt zwischen „russlandfreundlichen“ und „russlandkritischen“ Einstellungen auf (ebd., S. 11, 16). Im Laufe des Jahres erlangten innenpolitische Themen immer mehr an Gewicht: Die Inflation und hier insbesondere die stark gestiegenen Preise für Gas, Öl und Energie bestimmten seit dem Sommer 2022 zunehmend die öffentlichen und politischen Diskussionen und das Protestgeschehen. Die Bundesregierung hat darauf schon sehr zeitig mit einer Reihe von Maßnahmen reagiert, die einerseits die Versorgung sichern, andererseits die sozialen Folgen abfedern sollen. Einige davon wurden nicht nur von der Opposition, sondern auch von Gewerkschaften, Sozialverbänden u.a. Organisationen und politischen Gruppierungen als unsozial, unzureichend bzw. ungerecht kritisiert.

Im Zuge dessen entstand im Juli 2022 ein eigentümliches Phänomen: besorgte öffentliche Debatten über eine im Herbst zu befürchtende Protestwelle. So warnte etwa die Bundesinnenministerin Nancy Faeser vor „radikalen Gas-Unruhen“, und die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock befürchtete gar „Volksaufstände“ in Deutschland. Verschiedene Sicherheitsbehörden sahen Gefahren für die innere Sicherheit durch „gewalttätige Aktionsformen“ wie Besetzungen und Blockaden; es könne zu einer ähnlichen Lage kommen, wie in den vergangenen Jahren bei den Corona-Protesten.

Damit reagierten sie auf die großspurigen Ankündigungen von Sozial- und Energieprotesten seitens der extremen Rechten, die seit Mai 2022 in den sozialen Medien kursierten („Es wird Zeit, Energieproteste endlich flächendeckend zu organisieren und den Widerstand zu bündeln“, Freie Sachsen 31.05.2022). Auch die AfD heizte die Stimmung an und orakelte von „Währungsverfall“ und „Blackout“. In den medialen Diskursen steigerten sich in der Folge die Wortmeldungen zu den Protesten, die zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht stattgefunden hatten, zu Szenarien eines „heißen Herbstes“ bzw. „Wutwinters“ – Begriffe, die direkt aus den Aufrufen der extremen Rechten stammten.

Diese Befürchtungen, Mobilisierungsrethoriken und die Kritik an der Regierungspolitik gewannen im Sommerloch an Boden und mündeten im August 2022 in die Verkündung eines „heißen Herbstes“ nun auch durch die Partei Die Linke. Auch sie kündigte nunmehr „Montagsdemonstrationen“ gegen die Energie-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Ampelregierung ab September an. In den auslaufenden Protesten gegen die Corona-Maßnahmen in verschiedenen Orten in Ostdeutschland war das Thema ohnehin schon länger präsent gewesen (vgl. Kiess/ Wetzels 2022). Dieser thematische Übergang zeichnete sich in Berlin Anfang August auf der zentralen Demonstration der Querdenken-Bewegung und den sogenannten „Montagsspaziergängern“ ab. Vor 6500 Teilnehmer\*innen wurde eine Grußbotschaft des inhaftierten Gründers der Querdenken-Bewegung, Michael Ballweg,

verlesen. Es wurde das „Ende der Corona-Terrorherrschaft“ sowie „der Kriegstreiberei“ durch die Bundesregierung gefordert, auch der Austritt Deutschlands aus der NATO.<sup>1</sup> Wirtschaftsminister Habeck sei der Zerstörer Deutschlands mit geheimen Plänen für einen Gas-Notstand – schrieb das rechtsextreme COMPACT-Magazin und (be)titelte (ihn) im August: „Der Kaltmacher - Morgenthau williger Vollstrecker“. Den Startpunkt (in der öffentlichen Aufmerksamkeit) bildeten allerdings Kundgebungen der rechtsextremen „Freien Sachsen“ und der Linkspartei, die am 5. September zeitgleich auf dem Augustusplatz in Leipzig stattfanden und in getrennte Demonstrationen bzw. Gegendemonstrationen mündeten. Seitdem wurde bzw. wird in vielen Orten Ostdeutschlands protestiert.

Der vorliegende Beitrag versucht dieses unübersichtliche Protestgeschehen zu analysieren: Dazu wird folgenden Fragen nachgegangen: Wer organisierte bzw. mobilisierte die Proteste? Was waren zentrale Forderungen bzw. Ziele und wie haben sich diese ggf. verändert? Was sind die Spezifika der Mobilisierung und wie hat sie sich entwickelt? Welche Aktionsformen wurden angewandt? Und schließlich: Welche Wirkungen haben die Proteste bislang erzielt? Anschließend sollen die Proteste eingeordnet und dann ein Fazit gezogen werden. Der Beitrag beruht auf der Auswertung von Berichten in lokalen Medien zu knapp 20 Groß-, Mittel- und Kleinstädten in Ostdeutschland sowie zu Protesten in westdeutschen Städten. Dabei wurden – soweit angegeben – die Informationen zu Organisator:innen, Forderungen, Zahl der Teilnehmenden sowie der jeweiligen Aktionsform systematisch aufgenommen und ausgewertet. Der Zeitraum reicht von Ende August bis Weihnachten 2022, der Fokus lag auf den regelmäßigen Montagsdemonstrationen, daneben wurden auch Einzelproteste erhoben (vor allem für westdeutsche Städte).

## **2. Akteure der Mobilisierung**

Die Proteste gingen häufig bruchlos aus lokalen Corona-Mobilisierungen in ostdeutschen Klein- und Mittelstädten hervor, die mit einer erklärungsbedürftigen Kontinuität seit etwa 2 Jahren stattfinden (vgl. Leistner/Stach 2021, S. 388 ff.; Panreck 2021; Reuband 2022), in lokalen Protesthochburgen sogar seit 2014/15 (vgl. Volk/Weisskircher 2023). Akteur:innen dieser Mobilisierungen sind gut vorbereitete, lokal vernetzte und spätestens seit den Corona-Protesten auch aktions- und vor allem mobilisierungserfahrene Protestmilieus. Dazu gehört ein breites Spektrum extrem rechter oder rechtsoffener Parteien, Initiativen und informeller Netzwerke. Dies wurde schon früh durch strategische Überlegungen extrem rechter Akteur:innen begleitet. Die „Freien Sachsen“ kündigten seit Mai 2022 Energieproteste an. Der einflussreiche Strippenzieher innerhalb der Neuen Rechten,

---

<sup>1</sup> <https://www.rbb24.de/politik/thema/corona/beitraege/2022/08/berlin-demonstration-querdenker-corona-regeln.html>.

aber auch in der AfD und Gründer des rechtsextremen „Instituts für Staatspolitik“, Götz Kubitschek, sprach von einem Aufstand in einem grundsätzlicheren Sinne: „das haben wir nun entschieden: mit unseren Kräften und Beziehungen und als nicht unwichtiger Knotenpunkt des Widerstandsgeflechts dafür zu sorgen, dass die Proteste nachhaltig, unversöhnlich und grundsätzlich werden.“<sup>2</sup>

Die beiden einflussreichen Aktivisten der Neuen Rechten, Benedikt Kaiser und Philip Stein, betonten in ihren strategischen Überlegungen, sich bei den zu erwartenden Protesten taktisch im Hintergrund zu halten, um diese nicht zu diskreditieren. Wichtiger sei, dass sich lokal neue, lokal vernetzte Führungspersönlichkeiten herausbilden würden, die es zu unterstützen, zu beraten und ideologisch zu schulen gelte.<sup>3</sup> Neben ehemaligen NPD-Kadern bestehen die extrem rechten Demo-Netzwerke aus Personen mit teilweise persönlichen Bezügen in die vom Verfassungsschutz unter Beobachtung stehenden, rechtsextremen Kleinstparteien „Der dritte Weg“, „Neue Stärke“ und „Freie Sachsen“ bzw. „Freie Thüringer“. Ebenso zu den rechten Protestakteur:innen zu zählen sind die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“ sowie ein Teil der Mitglieder des Netzwerks „Querdenken“. Hinzu kommen zahlreiche lokale rechte bis rechtsextreme Bündnisse, die sich insbesondere in Klein-, Mittel- und Großstädten Ostdeutschlands gebildet haben, wie etwa „Bewegung Halle“, „Schwerin schweigt nicht“, „Forum für Demokratie und Freiheit“ (Plauen) oder die „Oscherslebener Wölfe“. Anders als zu Beginn der COVID-19-Pandemie war die AfD sehr viel offensiver bei der Mobilisierung eigener Proteste oder der Beteiligung an Protestbündnissen. Die AfD war praktisch von Beginn an mit dabei.

Parallel dazu, teilweise auch überschneidend, entstanden bzw. aktivierten sich Netzwerke von lokalen Unternehmer:innen und Handwerker:innen. Auch sie haben vor allem in Ostdeutschland mobilisiert, meist zu Einzelprotesten. Beim bisher größten Protest dieser Art versammelten sich Mitte Oktober in Dresden ca. 5.000 klein- und mittelständische Unternehmer:innen zu einer Kundgebung. Im November mobilisierten dann die Bäcker:innen in mehreren Städten wie Berlin, Düsseldorf, Hannover, Magdeburg oder München zu Protesten und forderten von der Regierung Unterstützung bei der Bewältigung der hohen Gaspreise. Diese Proteste erlangten über die Medienberichterstattung deutschlandweite Publizität. Sie fanden teilweise getrennt von den übrigen Mobilisierungen statt und lassen sich oberflächlich nicht klar einem politischen Protestspektrum zuordnen. Es war zu beobachten, dass die Unternehmer:innen- und Handwerker:innenproteste auf viel Zuspruch in den Fraktionen kommunaler Gemeinde- und Stadträte stießen.

---

<sup>2</sup> <https://sezession.de/66340/herbst-empowerung-grundsaeetze-1-wellen>.

<sup>3</sup> <https://podcast.einprozent.de/krisenverursacher-krisengewinner-und-ihre-strategien-benedikt-kaiser-und-philip-stein-diskutieren-590/>.

Bei einem nicht unerheblichen Teil dieser Zusammenschlüsse in Ostdeutschland handelt es sich aber um ein wachsendes Phänomen politisierter Netzwerke von Unternehmen und Firmen mit personellen und inhaltlichen Bezügen zur extremen Rechten. Im Fall des Bündnisses „Handwerker für den Frieden“ aus Dessau, des „Unternehmeraufstands Müritz“ oder des Protestbündnisses „Unternehmeraufstand Mecklenburg-Vorpommern“ finden sich personelle und inhaltliche Bezüge zur extremen Rechten. Der Gründer des Netzwerkes „Unternehmen mit Herz“ (mit mutmaßlich 1200 Mitgliedern) organisiert(e) seit Monaten zusammen mit einem vorbestraften Rechtsextremisten die Montagsdemonstrationen in der Protesthochburg Gera.

Derlei Engagement hat durchaus Tradition in Ostdeutschland (Haese 2012). 2008 blockierten Fuhrunternehmer:innen in Wittenberge regelmäßig Bundesstraßen aus Protest gegen hohe Benzinpreise. 2018 verfassten in Bautzen lokale Unternehmer:innen unter dem Namen „Die 89er“ eine Erklärung, in der sie sich scharf gegen die kritische Berichterstattung über Rechtsextremismus in der Region wandten. Auffällig ist zudem, dass von einem Teil dieser Zusammenschlüsse explizit die Bezeichnung „Aufstand“ verwendet wird. Die Szene der Corona-Protestierenden hat auch internationale Proteste beobachtet, so nährten etwa die wochenlangen LKW-Blockaden in Kanada Anfang 2022 die Hoffnung auf berufsgruppenbezogene „Aufstände“. Sie wurden in Form von Autokorsos oder auf Demonstrationen mitgeführten Traktoren zu imitieren versucht, allerdings bislang ohne große Resonanz.

Konträr dazu standen die Mobilisierungen, zu denen die Partei Die Linke – bzw. deren Ostbeauftragter, der dem Wagenknecht-Lager nahestehende Bundestagsabgeordnete Sören Pellmann – seit Herbstbeginn aufgerufen hatte.<sup>4</sup> Die Linke nahm die Folgen der Energiekrise, insbesondere die starken Preissteigerungen, zum Anlass für eine breite Kampagne. Neben der Auftaktmobilisierung am 5. September in Leipzig hatte die Linkspartei zu einem bundesweiten Aktionstag am 17. September („Heißer Herbst“) aufgerufen, der Menschen an zahlreichen Orten Deutschlands auf die Straßen brachte. Die Linkspartei versuchte eigene „Energiebündnisse“ zu gründen bzw. beteiligte sich an anderen Bündnissen bzw. deren Mobilisierungen.

Mit einer ähnlichen Stoßrichtung wie die Mobilisierungen der Linkspartei wurden von lokalen Gewerkschaften aus dem DGB-Verbund, Sozialverbänden sowie regionalen Energiebündnissen Demonstrationen in mehreren Städten organisiert. Zu weiteren Organisatoren dieser Proteste zählen

---

<sup>4</sup> Sarah Wagenknecht steht dabei für einen Spezialfall innerhalb eines breiten Spektrums von Interaktionen zwischen Protestbewegungen und Parteien (Weisskircher/Hutter/Borbáth 2021): Sie agiert (mit ihrem Umfeld) – in personalisierter Zuspitzung und selten mit Parteimandat – selbst als Bewegungsunternehmerin, die vorrangig die populistischen Anti-Eliten-Proteste adressiert. Dies ist spätestens bei der Mobilisierung „Aufstand für Frieden“ am 25.02.2023 in Berlin sichtbar geworden.

auch Organisationen wie attac und Finanzwende e.V., die Kampagnenplattform campact, des Weiteren Sozialverbände, wie der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Volkssolidarität, sowie Umweltverbände, wie Greenpeace und der BUND. Im Verhältnis zwischen der Linkspartei und den Gewerkschaftsprotesten ist anzumerken, dass diese zwar parallel, jedoch nicht gemeinsam zu Protesten aufgerufen haben. Gleichwohl ist es aufgrund ähnlicher Zielstellungen vielerorts zu gemeinsamen Demonstrationen gekommen. Hierbei haben sich Anhänger:innen linker Parteien und Gruppierungen häufig den gewerkschaftlichen Protesten angeschlossen, wie etwa „Chemnitz nazifrei“, „Herz statt Hetze“ (Dresden) oder „Köln stellt sich quer“.

Die Ausgangssituation für diese sich überlagernden Mobilisierungen waren ausgesprochen asymmetrisch: Auf der einen Seite gab es die kontinuierlichen und extrem rechts dominierten Flächenproteste. Sie wurden von stabilen lokalen und überregionalen Netzwerken organisiert und konnten auf eine Vielzahl professioneller und ressourcenstarker Bewegungsunternehmer:innen und Parteien zurückgreifen. Zu dieser seit den Corona-Protesten „eingespielten“ Infrastruktur gehören auch professionelle lokale und überregionale Berichterstatter:innen sogenannter „alternativer Medien“, die in der Regel mit Livestreams von den Demonstrationen berichten. Um die Dichte dieser parallelen Kommunikationsinfrastruktur zu veranschaulichen: Allein in den 100 größten sächsischen Gruppen und Kanälen des Messengerdienstes Telegram, die sich der extremen Rechten zuordnen lassen, waren (Stand 22.02.2022) rund 340.000 Mitglieder eingetragen (Vgl. EFBI digital report #0). Selbst wenn man Mehrfachmitgliedschaften einbezieht, ist dies eine enorme Zahl an Menschen, die unmittelbar und niedrigschwellig für Demonstrationsaufrufe oder tägliche Kommentierungen des politischen Geschehens erreicht werden (vgl. Zehring/Domahidi 2023; Jost 2023).

Auf eine vergleichbare Infrastruktur vor Ort konnten weder die Linkspartei noch Gewerkschaften oder linke Protestbündnisse zurückgreifen. Teilweise mussten sich die Bündnisse überhaupt erst finden und waren zudem mit dem Problem konfrontiert, dass vielerorts traditionelle Zeiten und Orte der Demonstrationen schon längst durch die Rechten besetzt waren.

### **3. Frames und Aktionsformen**

Die Konkurrenz und der Widerstreit der Akteur:innen im Mobilisierungszyklus von 2022 zeigte sich insbesondere im Framing. Als Mobilisierungsframe bzw. Label der Proteste diente zunächst der bereits erwähnte und eher unspezifische „Heiße Herbst“, der sowohl von Akteur:innen der extremen Rechten als auch von Teilen der Linkspartei verwendet wurde. Mit dem „solidarischen Herbst“ entwickelten die Gewerkschaften einen eigenständigen Frame und eine damit einhergehende Abgrenzung vom rechten Protestgeschehen, die insbesondere zu Beginn der Proteste, durch die starken Übereinstimmungen der Regierungskritik beider Spektren, nicht eindeutig gegeben war.

Extrem rechte und rechtsoffene Gruppierungen versuchten wiederholt, die Frames anderer Akteur:innen zu übernehmen bzw. mit denselben zu arbeiten. Das zeigte sich insbesondere bei dem Frame „Genug ist genug“, der von praktisch allen Protestakteur:innen benutzt wurde.

Mit dem Beginn des Kriegs Russlands gegen die Ukraine änderten und erweiterten sich die Themen von extrem rechten Mobilisierungen hin zu Anti-Sanktions-Protesten. Die Sorge um steigende Energiekosten wurden von den Rechten in apokalyptische Krisensemantiken gefasst: Wahlweise war von „wirtschaftlichem Selbstmord“, Verelendung, Untergang, Zusammenbruch oder Deindustrialisierung die Rede. Typisch waren auch verschwörungsideologische Motive eines (von oben) gesteuerten Prozesses, der sich mit antiamerikanischen bis antisemitischen Deutungen verbinden ließ.

Die Forderungen waren radikal – auch dies eine Kontinuität zu den Corona-Protesten. Das reichte vom Rücktritt bis zum Sturz der Bundesregierung. Weniger explizit aber weit verbreitet war die Rede von einer „ideologiegetriebenen Politik“. Wie schon seit den \*Gida-Bewegungen nahmen die Proteste z.T. die Form von Tribunalen an (vgl. Erhard/Leistner/Mennicke 2019): personifizierte Androhungen von Inhaftierungen bis hin zu einem verbotenen Pranger, der für Robert Habeck in einer sächsischen Kleinstadt aufgestellt werden sollte, aber verboten wurde. Die thematische Bandbreite bei den Reden war enorm – wenngleich nicht willkürlich und wahllos. Es ging selten nur um steigende Energiepreise, sondern um die Diskussion um Winnetou, die Ablehnung sexueller Vielfalt, um den Vorwurf der Kriegstreiberei und „Frieden mit Russland“. In diesem semantischen Kontext stehen die Forderungen nach einem Austritt Deutschlands aus der NATO, dem Ende der Sanktionsmaßnahmen gegen Russland sowie dem Stopp von Waffenlieferungen an die Ukraine. Anfangs wurde auf den Demonstrationen die Öffnung der Gaspipeline Nordstream 2 gefordert, nach ihrer Zerstörung dann ihre Reparatur bzw. eine unabhängige Prüfung der Zerstörung.

Im Kontext der deutschlandweiten Razzien gegen ein Reichsbürger:innennetzwerk, das einen politischen Umsturz geplant hatte, ist interessant, dass ideologische Versatzstücke, aber auch Reichsbürger:innen als Redner:innen auf den Demonstrationen präsent waren. Und nicht zuletzt haben sich souveränistische Motive in den Protesten popularisiert und verbreitet (vgl. Rathje 2022). Am augenfälligsten wird dies am Wandel des Querdenken-Frames „Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung/keine Diktatur“ deutlich. Seit einigen Monaten ist der dominante Slogan „Frieden, Freiheit, Souveränität“ und transportiert die Vorstellung, dass Deutschland seine Souveränität gegenüber fremden Mächten wiedererlangen möge. In eine ähnliche Richtung argumentierte auch der AfD-Politiker Björn Höcke auf der Demonstration am 03.10.2022 in Gera. Deutschland sei von einer „raumfremden Macht“ (USA) fremdbestimmt, der Westen sei ein umfassendes

„Regenbogenimperium“, dem einige seelisch den Deutschen verwandte Völker trotzen würden: Russland, auch Ungarn oder Serbien. Ihnen gemeinsam sei der Widerstand „gegen die Veralberung der Tradition und Geschichte ..., gegen die ungebremste Einwanderung, gegen die Transformation ihrer Völker in eine gesichtslose Masse“, letztlich – so Höcke – gegen eine „globale Einheitszivilisation“.

Dabei nimmt er am Ende seiner Rede auch Bezug auf die offenen Briefe von Handwerker:innen an die Bundesregierung und nimmt sie als Stichwort für eine Drohung, die über anstehende Landtagswahlen hinausweist: „Noch haben wir nicht die Macht, noch haben wir die Hebel der Macht nicht in der Hand, aber wir als AfD sind als starker Arm der außerparlamentarischen Opposition in Thüringen mittlerweile die stärkste Kraft. Und wir werden 2024 die Machtfrage stellen.“<sup>5</sup> Inhaltlich hat sich das extrem rechte Protestgeschehen im Verlauf des Herbstes um flüchtlingsfeindliche Mobilisierungen und Themen gegen geplante Standorte von Asylunterkünften u. ä. erweitert. Dies ging einher mit Brandanschlägen auf Asylunterkünfte und Angriffen auf Geflüchtete sowie mit kommunalpolitischen Entscheidungen zur Streichung von Unterstützungsleistungen für Geflüchtete. Hier zeigen sich Parallelen zur Protestdynamik 2015/2016.

Die zahlreichen und anfangs auch auf den (extrem rechten) Demonstrationen dominierenden Forderungen nach sozialpolitischen Maßnahmen zur Entlastung der Bürger:innen lassen sich politisch nicht eindeutig zuordnen. Das zeigt sich auch darin, dass identische bzw. ähnliche Forderungen bei den Demonstrationen und Kundgebungen auftauchten, die von der Linkspartei bzw. linken Gruppierungen organisiert wurden. Auch hier wurde vehemente Kritik an der Politik der Ampelregierung geübt, allerdings ohne persönliche Diffamierungen. Die Kritik der Linkspartei zielte auf einen Paradigmenwechsel der Sozialpolitik ab. So wurde etwa die rasche Umsetzung einiger finanzieller Entlastungsmaßnahmen gefordert. Diese Forderungen richteten sich speziell auch auf finanzielle Entlastungen für untere Einkommensschichten im Verbund mit einer stärkeren Besteuerung von Vielverdiener:innen. Hier ordnet sich auch ein Novum wie die Forderung nach einer Übergewinnsteuer für (Energie)Konzerne ein. Die linken Frames lauteten z.B. „Jetzt reicht's, wir frieren nicht für Profite!“ Es wurden bezahlbare Energie und Lebensmittel gefordert sowie eine gerechte Verteilung der Kosten: „Übergewinnsteuer einführen – Preise deckeln – Menschen entlasten!“

Die gewerkschaftlichen Protestakteur:innen forderten neben Entlastungen für prekäre Gruppen und einer neuen Verantwortlichkeit der Reichen ebenso klimapolitische Transformationen. So wurde hier eine beschleunigte Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen sowie der Ausbau von erneuerbaren

---

<sup>5</sup> Björn Höcke, Tag der deutschen Freiheit, 3.10.2022 in Gera, Transkript des Videomittschnitts.



Energiequellen verlangt. Zusammengefasst ging es um eine grundlegende Wende der gegenwärtigen Sozial-, Wirtschafts-, und Klimapolitik, die angesichts der pluralen Krisensituation der Gegenwart sowohl von gewerkschaftlichen Akteur:innen als auch der Linkspartei gemeinsam gestellt wurde. Wichtige Frames waren z.B. „Genug ist genug. Gerecht durch die Krise“, „Solidarischer Herbst: Soziale Sicherheit schaffen – Energiewende beschleunigen“ oder „Schluss mit teuer“.

Handwerker:innen und klein- und mittelständische Unternehmer:innen adressierten in erster Linie wirtschaftspolitische Themen an die Politik. Auf ihren Kundgebungen und Demonstrationen wurden konkrete Entlastungen in Bezug auf die stark gestiegenen Energie- und Heizkosten gefordert, da sonst die Existenz ihrer Unternehmen auf dem Spiel stünde. Im Gegensatz zu den drei anderen Akteursgruppen stellten Unternehmer:innen und Handwerker:innen kaum klimapolitische Forderungen, ebenso haben sie fast überhaupt keine Bezüge zum Ukrainekrieg hergestellt. Ihre Kernforderung waren energiepolitische Entlastungs- bzw. wirtschaftspolitische Unterstützungsmaßnahmen insbesondere für klein- und mittelständische Unternehmen. Frames bzw. Forderungen waren z.B. „Alarmstufe Brot“, „Es ist 5 nach 12 – MV macht zu!“ oder „Ohne das Handwerk wird es dunkel im Land“.

Generell ist festzuhalten, dass sich die Frames und Forderungen des gesamten Protestgeschehens im Laufe des Herbstes tendenziell von sozialpolitischen weg- und zu außenpolitischen Themen hinbewegt haben, insbesondere mit Bezug auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine (Sanktionen, Waffenlieferungen, Friedensverhandlungen). Das war insbesondere bei rechten Protesten der Fall.

Bezogen auf die räumliche Ausbreitung und Zahl der Protestereignisse überwogen Demonstrationen und/oder Kundgebungen. Ein Teil der Demonstrationen von extrem rechten Gruppierungen war nicht angezeigt und wurde in der Tradition der Corona-Proteste als „Spaziergang“ organisiert (vgl. Leistner/Stach 2021). Bei lokalen Organisator:innen war zunehmend umstritten, ob man Versammlungen überhaupt noch anmelden bzw. behördliche Auflagen ignorieren sollte. Gerade die Auflagen sollten in einigen Orten verhindern, dass Fackeln mitgeführt werden oder das martialische Auftreten der vielerorts entstandenen Trommlergruppen unterbinden. In der Selbstbezeichnung der Proteste zeigte sich zuweilen eine gewisse Ermächtigungshybris, etwa wenn in Plauen tausende Teilnehmer:innen unter dem Namen „Verfassungsgebende Volksversammlung“ demonstrierten.

Es gab aber auch andere Protestformen, so etwa einige relativ kleine Auto-Korsos insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern. Außerdem haben einige kleine Gruppen zeitweise Bundesstraßen blockiert. Zu erwähnen ist auch eine radikalere Aktionsform zu Beginn des Mobilisierungszyklus. So hat eine Gruppe von Aktivist:innen der Identitären Bewegung Ende August 2022 für kurze Zeit in

Lubmin die Besetzung des Terminals von Nordstream 2 inszeniert und die Öffnung der Gaspipeline gefordert.

Bemerkenswert war eine Strategie extrem rechter Akteure:innen, die darauf zielte, lokale Stadt- und Gemeinderäte sowie (Ober)Bürgermeister:innen unter Druck zu setzen. So wurde im Vorfeld oder während der Proteste gefordert, dass (Ober)Bürgermeister:innen bzw. Ratsvertreter:innen vor den Demonstrierenden reden und sich mit ihnen solidarisieren sollten. In einigen Fällen wurde auch Druck ausgeübt, entsprechende Ratsbeschlüsse zu fassen. Das Ziel dieser Strategie bestand darin, demokratische Institutionen für die eigenen politischen Interessen zu vereinnahmen bzw. die Inszenierung eigener Forderungen als Konsens, der von allen politischen Kräften geteilt wird. Diese Strategie war z.T. auch erfolgreich: So sprach ein Bürgermeister in der erzgebirgischen Kleinstadt Marienberg auf der Versammlung „Nein zum BRD Gefängnis. Regierung vereint zum Rücktritt zwingen“. In anderen Orten hatten Ratsfraktionen selbst Proteste organisiert.

Eine Kontinuität zu den Coronaprotesten bildete zudem die gewaltgeladene Atmosphäre auf den Demonstrationen: rhetorisch etwa durch die tribunalartigen Drohkulissen eines umfassenden „Zur-Rechenschaft-Ziehens“ von politisch Verantwortlichen oder der namentlichen Markierung von Lokaljournalist:innen. Anzumerken ist, dass die Arbeit von Journalist:innen gerade in Kleinstädten erschwert und z.T. nur unter Bedrohungen möglich war bzw. ist.

#### **4. Dynamik und Spezifika der Mobilisierung**

Die Dynamik der Proteste war von der schon erwähnten asymmetrischen Ausgangskonstellation zwischen (extrem) rechten versus linken und gewerkschaftlichen Mobilisierungen geprägt. In den Orten mit etablierten, während der Corona-Proteste entstandenen Strukturen und Protestmilieus stiegen schon ab Mitte August die Teilnehmendenzahlen. Bereits Anfang August hatte in Wittenberg eine Demonstration unter dem Motto „Energiekrise, Inflation, Verarmung = Regierungsversagen!“ stattgefunden. Als eigentlicher bzw. symbolischer Auftakt für die Proteste des „Heißen Herbstes“ gelten – wie schon erwähnt - die konkurrierenden Parallelmobilisierungen von Linkspartei und einem Bündnis von Freien Sachsen und dem rechtsextremen Compact-Magazin am 5. September in Leipzig. Mit den einseitigen (und erfolglosen) Querfront-Inszenierungen der extremen Rechten gelang es zwar an diesem Tag nicht, eine nennenswerte Teilnehmer:innenzahl zu mobilisieren, wohl aber eine große überregionale mediale Aufmerksamkeit zu generieren. Parallel zur Veranstaltung der Linkspartei in Leipzig hatte die AfD in Magdeburg am gleichen Tag einen eigenen Protest organisiert, an dem sich ca. 2.000 Menschen beteiligten.

Im Verlauf des September 2022 entfalteten sich dann die Proteste, wobei sie vor allem weiter in die Fläche gingen und rasch an Teilnehmenden gewannen (vgl. Tabelle). Nach unseren Recherchen bildeten die Wochen um den 03.10.2022 den zahlenmäßigen Höhepunkt der bisherigen Proteste. Danach kam es zu einem allmählichen Abfall der Teilnehmer:innenzahlen in den beobachteten Städten (vgl. Tabelle). Eine Auswertung von Daten der Versammlungsbehörden für die WELT kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Demzufolge registrierte die Polizei in der Woche ab dem 3. Oktober 2022 den Höhepunkt der Mobilisierung, „in ihr wurden mehr als 140.000 Menschen auf Demonstrationen gezählt“ (Nabert 2022). Insgesamt haben allein am Tag der deutschen Einheit laut dpa ca. 105.000 Menschen in Ostdeutschland demonstriert (dpa 2022). An jenem Samstag nahmen an einer AfD-Kundgebung im Berliner Regierungsviertel ca. 10.000 Menschen teil (Nabert 2022). An einer weiteren von der AfD veranstalteten Kundgebung in Gera am 3. Oktober beteiligten sich ebenfalls ca. 10.000 Menschen.

Die extreme Rechte nutzten im Wesentlichen die symbolische Form der Montagsdemonstrationen. Auf dieses Protestparadigma war auch schon bei den PEGIDA- sowie den Corona- bzw. Querdenken-Protesten zurückgegriffen worden (Rink 2017; Hartmann/Leistner 2019). Zudem wurden – wie schon erwähnt – auch einige, mit Jahres- oder Feiertagen verknüpfte überregionale Protestevents veranstaltet, etwa am 3. Oktober oder am 31. Oktober in Wittenberg zum Reformationstag eine besondere Montagsdemo „Reformation 2.0“.

Die Linkspartei hatte am Anfang ebenfalls auf Montagsdemos gesetzt, dann aber nicht zu regelmäßigen Protesten mobilisiert. Sie versuchte vielmehr, sich an die gewerkschaftlichen Proteste anzuschließen. Die Gewerkschaften haben punktuell mobilisiert, auch mit Aktionstagen, wo zeitgleich Proteste in mehreren Städten stattfanden (z.B. am 22. Oktober 2022). Unternehmer:innen haben ebenfalls nur punktuell mobilisiert, erstmals Ende August (in Dessau am 29.08.2022), eine gewisse Häufung war dann ab Anfang/Mitte Oktober 2022 in Ostdeutschland zu beobachten (06.10. in Waren; 12.10. in Ueckermünde circa. 200 TN; 12.10. in Bischofswerda 500 TN; ; 13.10. in Dresden 5.000 TN und 13.10. im LK Görlitz 700 TN).

## Entwicklung der Teilnehmer:innenzahlen an Demonstrationen August - Dezember 2022

Datum	29.08.	05.09.	12.09.	19.09.	26.09.	03.10.	10.10.	17.10.	24.10.	31.10.	07.11.	14.11.	21.11.	28.11.	05.12.	12.12.	19.12.
Stadt																	
Magdeburg		2.000	2.000	2.200	3.000	2.500	1.000	1.200	1.100	650	1.000						
Chemnitz	747	1.100	2.000		2.000		2.500	2.500	2.200	2.500	2.000	2.000	1.100	1.000	130	800	400
Dresden			1.000			1.500	1.500		1.000	8.000				500			
Leipzig		1.500		1.000	1.000	1.500	1.500	1.300	2.000	1.000	1.000	1.000	1.000	500	50	350	100
Frankfurt/Oder		550		1.419	1.800	2.000	1.500	1.200	980		650			370			
Cottbus					1.800	2.000		1.200	1.000	700							
Schwerin			4.500	4.500	4.500	3.000	2.400	1.450	1.600		1.150						63
Wittenberg		1.000	850	600		540	480	550	450	2.700	500	280					
Dessau	50	150				100											
Plauen	2.500		5.500		4.000	200	2.500		1.700		1.600		860		350		
Görlitz			1.035	580	850	1.200	723	760	860	700		630	580		750	320	80
Gera			1.500	2.200	2.700	10.000	2.000	2.500	2.000	1.600		1.500	1.200	1.600			
Altenburg		700		1.500	2.000	3.800	2.800	3.100	3.000	3.000	2.700	1.750					
Suhl		200			700												
Neubrandenburg		385	650	660	670	550	700	470	465	260	455		265	250	200	200	
Aschersleben		1.200	2.500	1.700	1.400	1.350	1.200	1.200	900	400							
Roßwein				300			370	335									
Gesamt	3.297	8.785	21.535	16.659	26.420	30.240	21.173	17.765	19.255	20.810	11.755	7.160	5.005	4.220	1.480	1.670	643

### Eigene Erhebung

Parallel dazu wurden von der Bundesregierung wichtige Entlastungsmaßnahmen beschlossen. Mitte September wurden Eckpunkte des Inflationsausgleichsgesetzes vorgestellt; Ende September die Energiepauschale von 300€ für einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige beschlossen und die Gasumlage für Verbraucher:innen gekippt – eine wesentliche Forderung. Im Oktober folgten weitere Maßnahmen wie die Ausweitung des Wohngeldanspruchs und die Vorstellung des Zwischenberichts der Gaskommission.

Eine Aktivistin des linken Protestbündnisses „Genug ist genug“ kommentierte: „Ehrlich gesagt ist, wenn auch stark verwässert, inzwischen unser halber Forderungskatalog erfüllt“.<sup>6</sup> Es spricht viel dafür, dass diese Maßnahmen zu einem Abebben der Protestwelle geführt haben. Der abgelaufene Mobilisierungszyklus war im Wesentlichen in ostdeutschen Mittel- und Kleinstädten verortet. Es haben zwar auch Protestaktionen in Großstädten stattgefunden, sie bildeten aber nicht den Schwerpunkt des Geschehens. Der befand sich eher in Städten mittlerer Größe, wie etwa in Gera, Plauen oder Zwickau bzw. in Kleinstädten, wo der Anteil von Protestierenden an der Einwohnerzahl am höchsten war. Teilweise nahmen über 10% der Einwohner an den Demonstrationen teil: z.B. in Marienberg am 21.09. 1000 (7%), in Aschersleben am 26.09. 1500 (5%), in Annaberg am 27.09. 2700 (12%), in Eisenach am 3.10. 2500 (6%), in Altenburg am 3.10. 3800 (11%), in Sonneberg am 3.10., 2400 (11%).

Überträgt man diese Anteile auf Großstädte, dann wären dies Massendemonstrationen mit regelmäßig 360.000 (Berlin), 180.000 (Hamburg) oder 150.000 (München) Demonstrant:innen. Bemerkenswert ist auch die Verbreitung in der Fläche: So haben in ca. 250 vor allem ostdeutschen Städten und Gemeinden im Zeitraum von Spätsommer bis Weihnachten 2022 Protestaktionen stattgefunden. Wir konnten in unserer Zählung überwiegend Städte erfassen, da zu kleineren

<sup>6</sup> Zitiert nach <https://taz.de/Kein-linker-heisser-Herbst!/15902825/>

Gemeinden keine (genauen) Informationen vorliegen. Generell ist – das machen die Befunde sichtbar – das Phänomen von kleinstädtischen Protesthochburgen ein herausragendes Spezifikum der ostdeutschen Protestkultur der letzten Jahre und bedarf vertiefender Analyse.

Wie lässt sich dieses Phänomen erklären, sind es doch normalerweise Großstädte, denen eine zentrale Rolle im Protestgeschehen zukommt. Zunächst bildete der Rückgriff auf die Tradition der Montagsdemonstrationen schon durch die Initiator:innen der Querdenken- bzw. Corona-Proteste eine teilweise Erklärung für die großflächige Ausbreitung der Proteste. Bereits in dieser Phase bildeten sich Protesthochburgen wie Gera und Plauen, außerdem entstanden oder reaktivierten sich in vielen Kommunen Mobilisierungsnetzwerke aus protestaffinen und -erfahrenen Milieus der extremen Rechten, die praktisch flächendeckend in Ostdeutschland vertreten sind.

Dies wird begünstigt durch die Schwäche der ostdeutschen Zivilgesellschaft. Entgegen einigen Statements von der linken Seite zu Beginn des Mobilisierungszyklus gab es kaum eine Dynamik von Protesten und Gegenprotesten. Nur in einigen Fällen wurde zu Gegenprotesten mobilisiert. Diese blieben jedoch schwach, außer in Leipzig, wo einige rechte Proteste gestoppt werden konnten. In Ostdeutschland wirkt die straßenpolitische Dominanz der extremen Rechten seit den 1990er Jahren folgenreich fort. Bemerkenswert ist, dass es im Rahmen von Einzeldemonstrationen zur gemeinsamen Mobilisierung rechter und linker Gruppierungen gekommen ist, etwa am 17. September in Brandenburg an der Havel oder im Anschluss an Handwerkerproteste Ende August in Dessau.

Schließlich ist die enorm breite Betroffenheit zu nennen: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Ostdeutschland, vielleicht sogar zwei Drittel, sind von der Inflation stark oder sogar sehr stark betroffen, da hier die Einkommen generell geringer und viel weniger Rücklagen vorhanden sind. Dadurch finden Deutungen besonders Resonanz, die die aktuellen Ereignisse als eine sinnhaft aufeinander bezogene Abfolge von Krisen und Folgekrisen interpretieren. Gemeint ist eine spezifisch ostdeutsche Zeiterfahrung, die gesellschaftlichen Wandel – die „lange Krise“ der wirtschaftlichen Transformation in Ostdeutschland, die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Fluchtbewegungen 2015, die COVID-19 Pandemie und die Energiekrise – als anomisch, unberechenbar, über einen hereinbrechend und nicht steuerbar interpretiert (vgl. Leistner 2021: 36).

Solche Zeiterfahrungen sind anschlussfähig für Deutungen, dass dieser Wandel politisch (von oben) gesteuert wird und sich gegen die Interessen der Bevölkerung richtet. Diese Beobachtungen werden durch aktuelle Befunde einer Studie gestützt. In einer kleinen Untersuchung des unabhängigen Thinktanks Progressives Zentrum und der Bertelsmann Stiftung wurden auf jeweils drei Montagsdemonstrationen im November 2022 und Januar 2023 in Gera und Chemnitz 195 Interviews

mit Teilnehmenden geführt, die von den Verfasser:innen der Studie tendenziell als „Mitläufer“ charakterisiert wurden (weil sie etwa keine Fahnen oder Protestplakate mitführten). Obzwar nicht repräsentativ, sind die Befunde interessant: Mehr als die Hälfte der Befragten geht seit Jahren montags demonstrieren und die Hälfte erstmals im Zuge der Pandemie (vgl. Fröhlich/Ranft/Vollmann 2023, S. 12ff.). Die Kritik an der Regierungspolitik ist grundsätzlich und häufig wird ein grundlegend anderes Demokratieverständnis vertreten – ein Prozess den wir schon länger beobachten: auf die Straße getragene Unmittelbarkeitserwartungen an politische Entscheidungen (Hartmann/Leistner 2019).

Steigende Energiekosten seien ebenfalls ein Grund, der die Befragten zur Demonstrationsteilnahme motiviere, aber nicht der bestimmende. Auffällig ist zudem, dass 12 % der Interviewten Ost-West-Gegensätze oder ostdeutsche Erfahrungen als Teilnahmemotive nannten. Neben der Nähe zu prorussischen Kriegsnarrativen sticht als Befund hervor, dass 30 % Sahra Wagenknecht und fast 20 % der AfD Politikerin Alice Weidel die Lösung der politischen Probleme zutrauten. Hier deutet sich an, was in der „Aufstand für Frieden“-Mobilisierung von Wagenknecht im Januar 2023 augenfällig wurde: ihre Bedeutung für eine „Querfront“-Mobilisierung weit ins rechtsoffene und extrem rechte Protestmilieu hinein.

Wie schon bei den Corona-Protesten sind Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland stark ausgeprägt. In Westdeutschland haben nur vereinzelte Proteste stattgefunden. Aus Köln und Pforzheim wurde etwa über Proteste von Linken und Gewerkschafter:innen berichtet, die unter dem Frame „genug ist genug!“ auf die Straße gingen. Aber auch die Mehrheit der – eher schwach besuchten – Demonstrationen in westdeutschen Städten wurde von (extrem) rechten Gruppierungen aus dem Querdenken-Spektrum organisiert. So mobilisierten etwa die Querdenker:innen Anfang September gemeinsam mit der lokalen Reichsbürger:innenszene zu einer Demonstration in Hamburg mit ca. 300 Teilnehmer:innen. Um Beispiele zu nennen: Am 08. Oktober waren in Hannover ebenfalls Querdenker:innen auf der Straße. Und in Aschaffenburg und Stuttgart beteiligten sich jeweils rund 1.350 bzw. 3.000 Teilnehmer:innen an Querdenkenprotesten.

## **5. Diskussion und Fazit**

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Mobilisierungen des „Heißen Herbstes“ weit hinter den großspurigen Ankündigungen, aber auch den Befürchtungen und Warnungen vom Sommer 2022 zurückblieben. Der Hintergrund dafür waren die im Sommer 2022 massiv steigenden Preise insbesondere bei Energie gewesen – das DIW sprach diesbezüglich sogar von einer „Preisexplosion“ (Priem et.al. 2022, S. 388). Die Inflation hat im Jahr 2022 die Haushalte umso mehr belastet, je

niedriger ihre Einkünfte waren. Bei anhaltender Inflation – so das DIW – seien insbesondere einkommensschwache Haushalte stärker von Armut gefährdet (ebd.).

Laut einer repräsentativen Befragung des DeZIM zum „Protestpotenzial in der Energiekrise“ vom September/Oktober 2022 fühlte sich fast die Hälfte der Befragten stark von der Inflation betroffen. 46% der Befragten gaben an, „dass sie bei einer Verdoppelung der Nebenkosten in finanzielle Schwierigkeiten geraten würden“ (Steinhilper et.al. 2022, S. 4). Mit Blick auf die steigenden Energiekosten zeigten die Befragungsdaten des DeZIM ein „erhebliches Protestpotenzial: 25% der Befragten konnten sich vorstellen zu protestieren, 58% der Personen haben das nicht vor (und) 17% der Befragten sind noch unentschlossen“ (ebd.)<sup>7</sup>.

Laut Statista ist die Inflation im Jahr 2022 stark gestiegen, sie erreichte im Oktober 2022 mit über 10% ihren höchsten Wert und fiel danach leicht auf über 8% (Statista 2023). Die Daten der DIW-Studie belegen, dass es mit den Hilfspaketen gelang, vor allem das unterste Einkommensdezil zu entlasten, allerdings wurden dadurch die Mehrbelastungen nicht vollständig ausgeglichen (Priem et.al. 2022, S. 388). Die Entlastungen durch die Hilfspakete und die wieder abschwellende Inflation haben dazu beigetragen, dass sich die Betroffenheit im Herbst/Winter 2022 nicht so entwickelte, wie im Sommer erwartet bzw. befürchtet worden war. Das ist sicher ein Grund gewesen, warum das Protestpotenzial bei Weitem nicht ausgeschöpft wurde.

Interessant ist auch die politische Zusammensetzung: So war in der DeZIM-Befragung das Protestpotenzial bei Personen, die die AfD wählen würden, mit 42% fast doppelt so hoch wie bei potenziellen Wähler:innen anderer Parteien (Steinhilper et.al. 2022, S. 2). Die DeZIM-Analyse erbrachte, „dass die Mobilisierungswahrscheinlichkeiten nicht gleichverteilt ..., sondern am rechten Rand deutlich stärker ausgeprägt sind“ (ebd., S. 6). Das erklärt, warum es vor allem rechten Gruppierungen gelang, zumindest einen Teil dieses Protestpotenzials zu mobilisieren.

Das erklärt u.E. auch, warum es nur wenige größere Proteste gab, obwohl in Ostdeutschland in der Fläche mobilisiert wurde. In Westdeutschland blieben die Mobilisierungen punktuelle Ereignisse: Weder in Ost- noch in Westdeutschland kam es in den großen Städten zu Massenprotesten. Die Situation in anderen europäischen Ländern sah dagegen ganz anders aus, verglichen damit waren die Proteste in Deutschland schwach und harmlos. So gab es in Frankreich, trotz eines Energiepreisdeckels, Massenproteste gegen die steigenden Lebenshaltungskosten. Mitte Oktober

---

<sup>7</sup> Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Juli 2022 hatte sogar einen noch höheren Wert erbracht, der zufolge 44 Prozent aller Befragten sagten, sie würden „sicher oder mit großer Wahrscheinlichkeit an Demonstrationen gegen die hohen Energiepreise teilnehmen“ (Berliner Zeitung, 20.7.2022).

2022 beteiligten sich zwischen 100.000 und 300.000 Menschen an landesweiten Protesten nach Aufrufen von Gewerkschaften und diversen linken Parteien und Organisationen. Es gab auch radikalere Aktionen, wie insbesondere die gezielte Bestreikung von Raffinerien, die internationale Aufmerksamkeit erlangten. In Großbritannien hat sich über das Jahr 2022 eine breite Protestbewegung gegen die Inflation entwickelt. Die Kampagnen „Don't Pay UK“ und das Bündnis „Enough is enough“ (Vorbild der deutschen „Genug ist genug“-Kampagne) organisierten im Sommer und Herbst 2022 massenhafte Proteste und Streiks, u.a. gegen die Bezahlung von hohen Stromrechnungen. Im Unterschied zu Deutschland haben in diesen beiden Ländern vor allem Gewerkschaften sowie linke Parteien und Gruppierungen zu den Protesten mobilisiert und breite Gruppen der Gesellschaft erreicht.

Anders als etwa die Hartz IV-Proteste 2004 ff., die spontan entstanden, waren die Proteste im Herbst 2022 von Mobilisierungsnetzwerken, politischen Parteien, Organisationen und Gruppierungen sowie Gewerkschaften und Verbänden initiiert worden. Von ihnen wurde im Vorgriff auf eine große Betroffenheit der Bevölkerung von den Energiepreissteigerungen spekuliert und auf eine breite Beteiligung an Protesten gehofft. Dies hat sich bis zum jetzigen Zeitpunkt (März 2023) allerdings nicht bestätigt. Auffällig ist, dass extrem rechte Akteur:innen bzw. die aus den Corona-Protesten hervorgegangenen Gruppierungen gemeinsam bzw. sich gegenseitig unterstützend mobilisierten, vor allem in Ostdeutschland. Sie versuchten zudem, andere politische Kräfte, insbesondere linker Couleur einzubinden – zunächst nur partiell mit Erfolg.

Die Linkspartei ging zunächst nicht so geschlossen vor, was sich insbesondere am Vorpreschen von Sören Pellmann bei der ersten linken Mobilisierung am 5. September in Leipzig zeigte. In der Folge wurden aber auch hier breitere Bündnisse gebildet, die aber bislang auch nur kleinere Mobilisierungen erbrachten. Die Linkspartei konnte bei den Protesten im Herbst 2022 keine Hegemonie erringen; diese hatte das Spektrum extrem rechter Akteur:innen von Beginn an inne. Es ist bislang unklar, aber eher unwahrscheinlich, dass die Linke als Partei von den gegenwärtigen Protesten profitieren kann, wie dies etwa bei den Hartz-IV-Protesten 2004 der Fall war. Möglicherweise haben die Mobilisierungen die Spaltungen in der Linkspartei weiter vorangetrieben, wie dies insbesondere bei den Diskussionen um die Positionen von Sahra Wagenknecht deutlich wird.

Extrem rechte Akteur:innen haben dagegen von dieser Protestwelle profitiert: Sie konnten zwar nicht direkt an frühere Mobilisierungswellen anschließen, aber ihre Mobilisierungsnetzwerke stärken, ihren politischen Einfluss verbreitern und ihre Anliegen mit sozialen Frames verknüpfen. Sie



profitierten zudem von der politischen und inhaltlichen Unübersichtlichkeit der Proteste, wo sich gesundheits-, sozial-, wirtschafts- und außenpolitische Themen vermengten. Wenn man danach geht, wer die meisten Proteste organisiert hat und in der Fläche aktiv war, so muss man hier von einem politischen Protest von rechts sprechen. Gegenproteste waren die Ausnahme, wie z.B. in Leipzig, und linke bzw. gewerkschaftliche Mobilisierungen zahlenmäßig gering und von der Beteiligung her schwach. Insofern handelte es sich eher um eine rechte Mobilisierung und weniger um Sozial- bzw. Krisenproteste (vgl. Birke/Henninger 2012).

Dass die Mobilisierungen in Deutschland insgesamt so schwach blieben, lag also insbesondere an den frühzeitigen Reaktionen der Bundesregierung. Sie hatte schon im Sommer das 9 Euro-Ticket und den Tankrabatt aufgelegt, nahm dann im Herbst die Gasumlage wieder zurück und beschloss mehrere Hilfspakete. Die Inflation wurde damit schnell adressiert, eine Reihe von Forderungen abgeräumt und den Protesten damit (schon von vornherein) der Wind aus den Segeln genommen. Die Drohkulisse der Proteste sowie die breite Medienberichterstattung dazu haben den Druck auf die Regierung erhöht.

Aber auch zum jetzigen Zeitpunkt ist noch unklar, wie die Maßnahmen der Regierung die sozialen (und wirtschaftlichen) Folgen der Energiekrise tatsächlich abfedern können. Die Proteste haben jedenfalls nach dem Jahreswechsel 2022/23 deutlich an Dynamik und Zulauf eingebüßt. Das Thema Energiepreise spielt dem Eindruck nach keine zentrale Rolle mehr, vielmehr sind asyl- und friedenspolitische Themen stärker in den Vordergrund der Mobilisierungen getreten. Es ist aber zu bezweifeln, dass sie nach dem ausgefallenen „heißen Herbst“ für einen „heißen Frühling“ sorgen werden.

**Dieter Rink**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Department Stadt- und Umweltsoziologie, zugleich Honorarprofessor an der Universität Leipzig, Institut für Kulturwissenschaften. Email: [dieter.rink@ufz.de](mailto:dieter.rink@ufz.de)

**Alexander Leistner**, leitet zwei Teilprojekte des BMBF-Forschungsverbundes "Das umstrittene Erbe von 1989" an der Universität Leipzig, Institut für Kulturwissenschaften. Email: [a.leistner@uni-leipzig.de](mailto:a.leistner@uni-leipzig.de)

**Sabine Kühn**, Masterstudentin in Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Soziologie. Email: [kuehn.sabine@outlook.com](mailto:kuehn.sabine@outlook.com)

**Joshua Strang**, Masterstudent in International Area Studies - Global Change Geography an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg, Institut für Geowissenschaften und Geographie. Email: [joshua.strang@posteo.de](mailto:joshua.strang@posteo.de)

## Literatur

*dpa* 2022: Tausende Menschen protestieren am Tag der Deutschen Einheit, dpa-infocom, dpa:221003-99-993268/4; Zugriff: 3.1.2022.

*Birke, Peter/ Henninger, Max* (Hg.) 2012: Krisenproteste. Beiträge aus Sozial.Geschichte Online, Berlin.

*Erhard, Franz/ Leistner, Alexander/ Mennicke, Alexander* 2019: „Soldiers for freedom, nation and blood“ - Der Wandel von Anerkennungsordnungen kollektiver Gewaltausübung durch Fußballhooligans im Zuge der \*GIDA-Bewegungen. In: Fußball und Gesellschaft 1 (1), 46-68.

*Fröhlich, Paulina/ Ranft, Florian/ Vollmann, Erik* 2023: Mir reicht's Bürger. Analyse der Montagsdemonstrationen in Chemnitz und Gera im Winter 2022/2023. Das Progressive Zentrum & Bertelsmann Stiftung; <https://www.progressives-zentrum.org/publication/mir-reichts-buerger/>; Zugriff: 3.3.2023.

*Haese, Inga* 2012: Von Therapeuten, Chirurgen und Wutsorgern der Stadt. Der Stoff, aus dem Charisma ist. In: Willisch, Andreas (Hrsg.): Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen. Berlin, 61-93.

*Hartmann, Greta/ Leistner, Alexander* 2019: Umkämpftes Erbe. Zur Aktualität von „1989“ als Widerstandserzählung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 69, 35-37, 18-24.

*Höltmann, Gesine/ Hutter, Swen/ Rößler-Prokhorenko, Charlotte* 2022: Solidarität und Protest in der Zeitenwende. Reaktionen der Zivilgesellschaft auf den Ukraine-Krieg, WZB Discussion Paper ZZ 2022-601, Berlin. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2022/zz22-601.pdf>; Zugriff: 30.1.2023.

*Jacobsen, Jannes/ Dollmann, Jörg/ Köhler, Jonas/ Lietz, Almuth/ Mayer, Sabrina J./ Siegel, Madeleine* 2022: Folgen der Inflation in Deutschland, DeZIM.insights, Working Paper #03, Berlin; <https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/folgen-der-inflation-in-deutschland-fa-5385/>; Zugriff: 30.1.2023.

*Jost, Pablo* 2023: Die Kanalisation des Protests. Demokratiefeindliche Mobilisierung via Telegram. In: Machine Against the Rage, Forschungsstelle BAG „Gegen Hass im Netz“ Nr. 1.

*Kiess, Johannes/ Wetzel, Gideon* 2022: Digitale Mobilisierung für den „Wutwinter“. In: EFBI digital report #3, 2-8.

*Leistner, Alexander* 2022: Wo steht die Friedensbewegung und was steht an? In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, vol. 35, no. 4, 596-612.

*Leistner, Alexander* 2021: Bis hierher und wie weiter? Zur Vergangenheit und Zukunft der asymmetrisch verflochtenen Transformation (Ost)Deutschlands. In: Leistner, Alexander/ Wohlrab-Sahr, Monika (Hg.): Das umstrittene Erbe von 1989. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 11-61.

*Leistner, Alexander/ Stach, Sabine* 2021: 7. November 2020 „Querdenken“. In: Langebach, Martin (Hg.): Protest – Deutschland 1949-2020, Bonn, 388-391.

*Nabert, Alexander* 2022: Krisenprotest: Mehr als 100.000 Demonstranten in jeder Woche, in: Welt, 6.11.2022; unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article241978407/Krisenprotest-Mehr-als-100-000-Demonstranten-in-jeder-Woche.html>; Zugriff: 15.12.2022.

*Panreck, Christine-Isabelle* 2021: Corona-Proteste in Sachsen. In: Kailitz, Steffen (Hg.): Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen. Dresden, 109-118.

*Priem, Maximilian/ Kritikos, Alexander S./ Morales, Octavio/ Schulze Düding, Johanna* 2022: Folgen der Inflation treffen untere Mittelschicht besonders: Staatliche Hilfspakete wirken nur begrenzt, DIW Wochenbericht, 28, unter: [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.845417.de/publikationen/wochenberichte/2022\\_28\\_1/folgen\\_der\\_inflation\\_treffen\\_untere\\_mittelschicht\\_besonders\\_staatliche\\_hilfspakete\\_wirken\\_nur\\_begrenzt.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.845417.de/publikationen/wochenberichte/2022_28_1/folgen_der_inflation_treffen_untere_mittelschicht_besonders_staatliche_hilfspakete_wirken_nur_begrenzt.html); Zugriff: 30.1.2023.

*Rathje, Jan* 2022: Verschwörungsideologischer Souveränismus von „Reichsbürgern“, unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/210330/verschwoerungsideologischer-souveraenismus-von-reichsbuergern/>, Zugriff: 16.1.2023.

*Reuband, Karl-Heinz* 2022: AfD-Affinitäten, Corona-bezogene Einstellungen und Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine empirische Analyse auf Bundesländerebene. In: Zeitschrift für Parteienwissenschaften, H. 1, 67-94.

*Rink, Dieter* 2017: Die Montagsdemonstration als Protestparadigma. Ihre Entwicklung von 1991 bis 2016 untersucht am Beispiel Leipziger Protestzyklen. In: Rucht, Dieter/ Teune, Simon et. al., Leviathan, 45. Jg., Sonderband 33, 284-307.

*Statista* 2023: Inflationsrate in Deutschland, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1045/umfrage/inflationsrate-in-deutschland-veraenderung-des-verbraucherpreisindex-zum-vorjahresmonat/>; Zugriff: 30.1.2023.

*Steinhilper, Elias/ Jacobsen, Jannes/ Dollmann, Jörg/ Isani, Mujtaba/ Köhler, Jonas/ Lietz, Almuth/ Mayer, Sabrina J./ Walter, Lisa* 2022: Protestpotenzial in der Energiekrise, DeZIM.insights, Working Paper #07, Berlin. <https://www.dezim-institut.de/aktuelles/aktuelles-detail/protestpotenziale-in-der-energiekrise/>; Zugriff: 30.1.2023.

*Volk, Sabine/ Weisskircher, Manès* 2023: Defending democracy against the ‘Corona dictatorship’? Far-right PEGIDA during the COVID-19 pandemic. In: Social Movement Studies, <https://doi.org/10.1080/14742837.2023.2171385>.

*Weisskircher, Manès/ Hutter, Swen/ Borbáth, Endre* 2021: Polarisierung von unten. Die Linke und die AfD erzählen neue Geschichten über das Verhältnis von Straße und Parlament. In: WZB-Mitteilungen, Ausgabe 172, 27-29.

*Zehring, Maximilian/ Domahidi, Emese* 2023: German Corona Protest Mobilizers on Telegram and Their Relations to the Far Right: A Network and Topic Analysis. Social Media + Society, 9 (1).